



Bund-Länder-Finanzreform Autobahn-Streit beigelegt

Stand: 18.05.2017 00:22 Uhr

Die Große Koalition hat den Weg für die Verabschiedung der milliarden schweren Bund-Länder-Finanzreform freigemacht. Das teilten Koalitionsvertreter mit. Beim letzten Streitthema Autobahnprivatisierung setzte sich offenbar die SPD durch.

Einigung statt Wahlkampf: Union und SPD haben ihren Streit um die geplante Autobahngesellschaft beigelegt und damit das letzte große Projekt der Legislaturperiode auf den Weg gebracht. "Die Koalitionsfraktionen haben sich auf das größte Reformprojekt in dieser Koalition geeinigt", sagte Unionsfraktionschef Volker Kauder. Zusammen mit SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann und CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt präsentierte er die Einigung in Berlin. Verabschiedet werden soll das Vorhaben in der nächsten Sitzungswoche Ende Mai/Anfang Juni.

Oppermann erklärte, dass der Bund durch die Neuordnung der Finanzbeziehungen mit den Ländern "zum Garant für gleichwertige Lebensverhältnisse" in Deutschland werde. Hasselfeldt begrüßte, dass "eines der wichtigsten Gesetze der Legislaturperiode" zum Abschluss gebracht werde.



Hintergrund

Macht gegen Milliarden

Es geht um Geld und um Macht. Es geht darum, wer was zahlt und wer wo was zu sagen hat - beim Bau von Autobahnen, Schulen oder in der Steuerverwaltung. Zwei Jahre rangen Bund und Länder miteinander, der Konfliktstoff lauerte oft im Kleingedruckten. Die Einigung im Überblick. | mehr

SPD setzt sich durch

Zuletzt hatte die Koalition über das Thema Autobahnprivatisierung gestritten. Die SPD setzte nun durch, dass auch eine indirekte Privatisierung der Autobahnen durch Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP)-Projekte mit Privatinvestoren verfassungsrechtlich ausgeschlossen wird. Dafür soll das Grundgesetz geändert werden. Für eine solche Änderung ist in Bundestag und Bundesrat jeweils eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig.

Die SPD wollte nicht nur ein Privatisierungsverbot für die Gesellschaft und ihre Tochterfirmen in der Verfassung verankern, sondern auch ÖPP per Grundgesetz begrenzen. Die Union hielt Beschränkungen der ÖPP bis 100 Kilometer Strecke per einfachem Gesetz für ausreichend. Kauder betonte, dass auch die Union gegen Privatisierungen von Autobahnen sei. Die SPD habe sich "mehr Sorgen gemacht als notwendig gewesen wäre".

Künftig soll eine Infrastrukturgesellschaft des Bundes Planung, Bau und Erhalt der Autobahnen verantworten. Bisher erledigen dies die Länder im Auftrag und auf Kosten des Bundes.